



Initiative für Transparenz und Demokratie

LobbyControl - Initiative für Transparenz und Demokratie

Wilhelm-Mauser-Str. 45
50827 Köln
Tel.: 0221 / 169 65 07

Hintergrundpapier

50 Jahre EURATOM - die privilegierte Position der Atomlobby in Brüssel

Heute (10. Mai 2007) hat das Plenum des Europäischen Parlamentes den Bericht „Bewertung von EURATOM – 50 Jahre europäische Kernenergiepolitik“, nach dem beauftragten Berichtersteller auch „Maldeikis Report“ genannt, mit deutlicher Mehrheit verabschiedet. Der Bericht hat keinerlei legislative Bedeutung. Erfahrungen zeigen jedoch, dass Stellungnahmen des Parlamentes, auch dort, wo es kein formelles Mitspracherecht hat, als Rechtfertigung oder Bezugspunkt verwendet werden. Der Bericht sollte daher in seiner Bedeutung nicht unterschätzt werden.

Der 1957 geschlossene EURATOM-Vertrag gehört zu den Gründungsverträgen der Europäischen Union. Zusammen mit dem Montanunion-Vertrag (Kohle und Stahl) und dem Vertrag zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bildete er eine Grundsäule der Europäischen Gemeinschaften. Als Aufgabe von EURATOM definiert der bis heute quasi unveränderte Vertragstext „durch die Schaffung der für die schnelle Bildung und Entwicklung von Kernindustrien erforderlichen Voraussetzungen zur Hebung der Lebenshaltung in den Mitgliedsstaaten und zur Entwicklung der Beziehungen mit den anderen Ländern beizutragen.“ (Artikel 1) Im Gegensatz zum kürzlich ausgelaufenen Montanunion-Vertrag ist die Laufzeit von EURATOM unbegrenzt. Durch EURATOM ist in den letzten fünfzig Jahren der Forschung und Entwicklung der Atomkraft in Europa eine gesonderte Förderung zugekommen. Es geht um viel Geld. Das im Dezember letzten Jahres verabschiedete 7. Euratom-Rahmenforschungsprogramm¹ sieht für den Zeitraum von 2007 bis 2011 ein Budget von über 2,75 Mrd. Euro vor, die zu großen Teilen in die Fusionsenergieforschung (1,9 Mrd.) und zu kleineren Teilen in Kernspaltung und Strahlenschutz sowie in die Tätigkeiten der „Gemeinsamen Forschungsstelle auf dem Gebiet der Kerntechnik“ fließen werden. Zum Vergleich: für den gesamten Bereich Energie (ohne Atom) sieht die EU Forschungsgelder in Höhe von 2,35 Mrd. Euro für den Zeitraum von 2007 bis 2013² vor.

¹ http://www.rp6.de/inhalte/rp7/Download/dat_/fil_2174

² http://www.rp6.de/inhalte/rp7/Download/dat_/fil_2167

Der von dem nationalkonservativen Abgeordneten Eugenjus Maldeikis von der Fraktion „Union für das Europa der Nationen“ (UEN) vorgelegte Berichtsentwurf über die „Bewertung von Euratom – 50 Jahre europäische Atomenergiepolitik“ ist eine Lobrede für den Vertrag. Er betont die Bedeutung von Atomenergie für den Klimaschutz und die dank Forschungsförderung führende Rolle Europas im Bereich der Atomtechnologien. Er mahnt lediglich die Schaffung einheitlicher Sicherheitsstandards und gemeinsamer Normen für die Entsorgung der radioaktiven Abfälle sowie ein Mitspracherecht des Parlamentes in Atomfragen an, das bisher nicht gegeben ist.

Der Bericht wurde in mehreren Anhörungen im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie des Europäischen Parlamentes (ITRE) diskutiert.

Zu einer öffentlichen Anhörung am 1. Februar 07 war u.a. der ehemalige SPD-Europaabgeordnete und Atombefürworter Rolf Linkohr eingeladen, der zu dem Zeitpunkt noch offizieller Berater des Energiekommissars Andris Piebalgs war. Linkohrs Beratervertrag wurde inzwischen beendet. Er hatte eine schriftliche Anfrage von Anti-Korruptions-Kommissar Siim Kallas nicht fristgerecht beantwortet, mit der er bestätigen sollte, dass seine Beratertätigkeit nicht in einem Interessenkonflikt zu seiner sonstigen beruflichen Tätigkeit stehe.

Rolf Linkohr im Interessenskonflikt

Rolf Linkohr war von 1979 bis 2004 für die SPD Abgeordneter im europäischen Parlament. Während seiner fünfzehnjährigen Mandatszeit war er in verschiedenen parlamentarischen Ausschüssen, die mit Energiepolitik befasst sind, aktiv.³ Ein wichtiger Rahmen, um Kontakte zu Energieunternehmen aufzunehmen und zu pflegen, war das European Energy Forum (EEF), ein Forum von EU-Parlamentariern und Unternehmen aus der Energiebranche (s.u.), dem Linkohr von 1994 bis 2004 als Präsident vorsah. Während seiner Präsidentschaft fanden über 20 EEF-Veranstaltungen statt, die von der Atomindustrie organisiert und finanziert wurden.⁴

Nach dem Ende seiner Abgeordnetentätigkeit erhielt Linkohr 2005 einen Vertrag als Sonderberater des EU-Kommissars für Energie, Andris Piebalgs. In dieser Zeit arbeitete die Kommission u.a. am Grünbuch für eine europäische Energiepolitik (veröffentlicht im März 2006), das Atomenergie als „die größte weitgehend CO₂-freie Energiequelle Europas“ darstellt.

³ 1979 – 1984: Committee on Energy and Research, 1984 – 1994: Committee on Energy, Research and Technology, 1994 – 1999: Committee on Research, Technological Development and Energy, 1999 – 2004: Committee on Industry, External Trade, Research and Energy, 2004 – 2009, Quelle: Archivseite des Europäischen Parlamentes zu Rolf Linkohr, besucht am 2.5.2007: <http://www.europarl.europa.eu/members/archive/alphaOrder/view.do?language=EN&id=1258>

⁴ CEO background paper "The conflicting interests of Rolf Linkohr", Jan. 2007: <http://www.corporateurope.org/RolfLinkohr.html>

Zeitgleich gründete Linkohr die Beratungsfirma „Centre for European Energy Strategy“ (C.E.R.E.S), die große Energieunternehmen in Lobbyfragen berät. Als erste große Veranstaltung organisierte C.E.R.E.S. eine Konferenz mit dem Titel „Europa investiert wieder in Kernenergie“, zu der sich die wichtigen europäischen Akteure rund um die Atomwirtschaft in Berlin versammelten.

Weiterhin sitzt Linkohr im Beirat von EnBW und im Aufsichtsrat von Vattenfall Mining und ist Ehrenmitglied der Kerntechnischen Gesellschaft e.V. Er gehört zu den Initiatoren des Diskussionspapiers „SPD und Energie: Realitäten annehmen... ehrliche Fragen stellen!“, das unter anderem den Atomausstiegsbeschluss in Deutschland neu zur Disposition stellen will.

Bis zu seiner Entlassung hob Linkohr in seinen öffentlichen Auftritten und auf seiner Webseite immer wieder seine Position als Sonderberater des Energiekommissars hervor. Der Interessenkonflikt lag auf der Hand: Als Sonderberater der Kommission soll er zu einer Energiepolitik im Sinne des Allgemeinwohls beitragen. Gleichzeitig betreibt er eine private Beratungsfirma für Energieunternehmen. Seine Rolle als Sonderberater des Energiekommissars war dabei eines seiner wichtigsten Pfründe.

Anfang 2007 wurde Linkohrs Status als Sonderberater für beendet erklärt, weil er eine schriftliche Anfrage von Anti-Korruptions-Kommissar Siim Kallas nicht fristgerecht beantwortet hatte. Die 55 Sonderberater der EU-Kommission sollten bestätigen, dass ihre Beratertätigkeit nicht in einem Interessenkonflikt zu ihrer sonstigen beruflichen Tätigkeit stehe.

Gut organisiert: Die Pro-Atom-Position im ITRE

Am 27.3. wurde der Bericht im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie des Europäischen Parlamentes (ITRE) verabschiedet. Dabei wurde nur eine geringe Zahl der 175 Änderungsanträge, die zu einem großen Teil atomkritische Abgeordnete eingereicht hatten, angenommen. An mehreren Stellen wurde der atombefürwortende Ton des Papiers sogar noch verstärkt.

Dies zeigt, wie stark die Fraktion der Atom-Befürworter im ITRE ist. Die Pro-Atom-Position im Ausschuss ist wohl organisiert und steht in engem Austausch mit der Atomwirtschaft. So gehören zehn der 49 MEPs, die am 27.3. zur Abstimmung anwesend waren, zu den Unterzeichnern der „Declaration on Climate Change and Nuclear Energy“⁵. Diese Pro-Atom-Erklärung ist – ganz offen am Anfang des Papiers genannt – eine Initiative von FORATOM, dem europäischen Dachverband der Atomwirtschaft. FORATOM ist eine der zentralen Lobbyorganisationen der Atomindustrie in Brüssel. Neben 17 nationalen Verbänden der Atomwirtschaft finden sich unter den Mitgliedern 800 Unternehmen, darunter alle großen in der Atomwirtschaft tätigen (z.B. Areva, EDF, E.On, REW, EnBW, Vattenfall u.v.a.⁶). Die Erklärung fordert offensiv den Ausbau der Atomenergie „als größten einzelnen Faktor im Kampf gegen den Klimawandel“ (Übers. d. Verf.)

⁵ [www.foratom.be/ClimateChangeSem/3_3152-05-0004_MEP_Declaration_\(signature_version\)_Rev_2005_10_25.pdf](http://www.foratom.be/ClimateChangeSem/3_3152-05-0004_MEP_Declaration_(signature_version)_Rev_2005_10_25.pdf)

⁶ www.foratom.org/index.php?option=com_content&task=view&id=13&Itemid=50

sowie die Zulassung von Atomkraft zu den Mechanismen des Kyoto Protokolls (CDM / JI). Die Erklärung wurde 2005 von 27 Europaparlamentariern verschiedener Parteizugehörigkeit unterzeichnet. Darunter finden sich die Deutschen Herbert Reul und Daniel Caspary (beide EPP-ED), der Spanier Alejo Vidal-Quadras Roca (EPP-ED), der Brite Terry Wynn (PSE), der Slovene Romana Jordan Cizelj (EPP-ED), die Finnin Piiä-Noora Kauppi (EPP-ED) und die Ungarin Edit Herczog (PSE).

21 der 49 abstimmenden MEPs im ITRE sind außerdem aktive Mitglieder des European Energy Forum (EEF), das sich zwar nach außen als neutrales Forum zur Diskussion energiepolitischer Fragen ausgibt, bei näherer Betrachtung aber eine deutliche Pro-Atom-Schiefelage aufweist.

Das European Energy Forum – Energielobby mit direktem Draht zu MEPs

Das EEF beschreibt sich selbst als „informelles und neutrales Forum, in dem energiepolitische Themen im Kontext des politischen Dialogs innerhalb der EU behandelt werden. [...]“ Auf der Internetseite⁷ wird betont, dass das EEF weder spezielle politische noch ökonomische Interessen unterstütze und keine Entscheidungen treffe. Zu Vorstand und aktiven Mitgliedern zählen EU-Parlamentarier verschiedener Parteien, hinzu kommen als „associate members“ diverse Konzerne aus der Energiebranche. Das EEF organisiert v.a. Dinner-Debatten, Konferenzen und Delegationsausflüge. Es dient der Energiewirtschaft als Forum, um sich direktes Gehör bei europäischen Abgeordneten zu verschaffen. Beliebt sind Ausflugsfahrten auf Kosten der einladenden Unternehmen – etwa im September 2006 nach Slowenien: Unter dem Titel „Besuch nachhaltiger Energieressourcen“ wurde am Vormittag ein Solar-Projekt besucht – den Nachmittag und folgenden Vormittag verbrachte man auf der Konferenz „Nuclear Energy for New Europe 2006“ und mit der Besichtigung eines Atomkraftwerkes.⁸

Was sich nach außen als neutrales Forum für offene Debatten darstellt, wird von informierten Kennern als Pro-Atom-Club beschrieben. Zwar finden sich unter den Mitgliedern auch vereinzelt atomkritische MEPs, diese haben aber wohl eher ihr Ohr am Puls der Energielobby, als dass sie ein Beweis für die Neutralität des EEF wären.

Ein Blick auf den Vorstand des EEF macht die atomfreundliche Ausrichtung des „neutralen Forums“ deutlich: Das Präsidium – der Präsident Giles Chichester und die Vize-PräsidentInnen Jerzy Buzek, Norbert Glante, Romana Jordan Cizelj, Alejo Vidal-Quadras und Szabolcs Fazakas – besteht ausschließlich aus erklärten Atomkraft-Befürwortern. Alle haben in verschiedenen parlamentarischen Debatten eindeutige Pro-Atom-Beiträge gemacht. Romana Jordan Cizelj, Alejo Vidal-Quadras und Szabolcs Fazakas gehören zu den Unterzeichnern der FORATOM-Erklärung „Declaration on Climate Change and Nuclear Energy“ (s.o.). Der deutsche MEP der PSE Norbert Glante ist zudem Mitinitiator des Diskussi-

⁷ <http://www.europeanenergyforum.eu/>

⁸ <http://www.europeanenergyforum.eu/archives/european-energy-forum/security-of-supply-matters/visit-on-sustainable-energy-sources-in-slovenia>

onspapiers „SPD und Energie: Realitäten annehmen ... ehrliche Fragen stellen!“, in dem SPD-Mitglieder u.a. eine Neudiskussion über die Nutzung der Atomkraft fordern. Erstunterzeichner dieses Papiers vom November 2005 waren neben Norbert Glante als weiterer MEP Bernhard Rapkay⁹ und als ehemaliger MEP Rolf Linkohr (s.o.). Die übrigen Erstunterzeichner sind ausnahmslos Energielobbyisten mit SPD-Parteibuch und/oder derzeitige oder frühere Mitarbeiter der genannten MEPs.¹⁰

Präsident Chichester ist Stammgast bei EEF-Delegationsreisen zur Besichtigung von Atomanlagen: er hat in den letzten Jahren an mindestens sechs solcher Ausflugsfahrten teilgenommen¹¹. Generalsekretär des EEF ist der Franzose Jean Claude Charrault. Er war von 1981 bis 1995 Direktor der Atom-Abteilung der Europäischen Kommission.

Wie groß das Jahresbudget des EEF ist und wer dieses finanziert, wird vom EEF nicht öffentlich gemacht. Nach Informationen des Corporate Europe Observatory (CEO) aus Amsterdam verfügt das EEF über ein Jahresbudget von über eine Millionen Euro.¹² Auf Anfrage von LobbyControl teilte das EEF-Büro mit, das EEF finanziere sich aus Beiträgen seiner „associate members“. Man sei nicht verpflichtet, weitere Auskünfte über die Höhe und Herkunft der Finanzierung zu erteilen. Ob weitere Informationen möglich seien, könne man nach Abstimmung mit den Geldgebern in einem persönlichen Gespräch klären, das jedoch eine längere Vorlaufzeit einzuplanen wäre. Die Liste der geldgebenden „associate members“ deutet darauf hin, dass die Absichten des EEF keinesfalls politisch neutral und ergebnisoffen sind. Hier versammeln sich die großen Namen der Atom-, Erdöl- und Kohleindustrie: z.B. Alstom, Areva, BP, British Energy, E.ON, EDF, EnBW, Eurogas, Exxon Mobil, FORATOM, RWE, Shell, Siemens, Total, Vattenfall u.va..¹³

CEO hat in einem Papier zu europäischen „cross party groups“, zu denen auch das EEF als MEP-Industrie-Forum zählt, die Intransparenz solcher Formen der Zusammenarbeit von Parlamentariern und Industrievertretern kritisiert.¹⁴ Es mangelt an Informationen über die Arbeit und Finanzierung, obwohl diese Foren

⁹ Rapkay distanzierte sich später von den Punkten zur Atomenergienutzung in dem Papier. Vgl. Ali Ulucay: Atomdebatte flackert auch in Brüssel wieder auf. In: Dow Jones Energy Weekly, 3. Februar 2006, S. 10.

¹⁰ Barbara Fischer: Büroleiterin von Norbert Glante; Manfred Haberzettel: Konzernbevollmächtigter bei EnBW und früher Referent und Büroleiter von Rolf Linkohr; Rainer Knauer: Leiter Politik und Gesellschaft bei Vattenfall; Jens Rocksien: Büroleiter von RWE; Beatrix Widmer: Leiterin der Repräsentanz der Verband kommunaler Unternehmen e.V. in Brüssel, bis 2002 Mitarbeiterin von Rolf Linkohr. EnBW, Vattenfall und RWE gehören zu den vier Energiefirmen, die in Deutschland zusammen über 80 % der Stromversorgung übernehmen. Alle drei betreiben deutsche Atomkraftwerke und haben für AKWs, denen die baldige Abschaltung im Rahmen des Atomkonsenses droht, Laufzeitverlängerungen beantragt.

¹¹ CEO: Nuclear Power Grab?: www.corporateeurope.org/docs/NuclearPowerGrab.pdf

¹² CEO: Nuclear Power Grab?: www.corporateeurope.org/docs/NuclearPowerGrab.pdf

¹³ <http://www.europeanenergyforum.eu/our-members/associate-members>

¹⁴ CEO: Transparency Boost Needed for European Parliament Cross-Party Groups; Okt. 2006: <http://www.corporateeurope.org/crosspartygroups.pdf>

häufig dafür genutzt werden, Themen und Argumente in die Parlamentsdebatten einzubringen. CEO bezeichnet das European Energy Forum ebenso wie andere MEP-Industrie-Foren und Intergroups als intransparentes Lobby-Vehikel, bei dem die Unternehmenslobby den Vorteil ausnutzt, nicht jeden einzelnen Abgeordneten aufsuchen zu müssen. Vielmehr können sie die geeigneten Volksvertreter an einem von den ihnen gewählten und inhaltlich wie atmosphärisch gestalteten Ort in größerer Zahl gleichzeitig erreichen.

Merkwürdigkeiten rund um den EURATOM-Bericht

Rund um die Entstehung des Berichtes „Bewertung von EURATOM – 50 Jahre europäische Kernenergiepolitik“ gibt es einige bemerkenswerte Aspekte, die die Vermutung einer Einflussnahme durch atomfreundliche Dritte nahe liegend erscheinen lassen:

- Nach Informationen von LobbyControl lag der Berichtsentwurf, der den Mitgliedern des ITRE-Committees zur Formulierung von Änderungsanträgen vorgelegt wurde, zuerst in französischer Sprache vor. Er musste zunächst ins Englische übersetzt werden, bevor er den nicht-frankophonen MEPs zur Verfügung stand. Eugenjus Maldeikis selbst spricht jedoch kein Französisch. Die zuständige Sachbearbeiterin („administrator“) im ITRE Sekretariat, Hélène Charpentier, hingegen ist Französin. Sie kam im September 2006 nach Brüssel – gerade zu dem Zeitpunkt, als Maldeikis zum Berichterstatter für die EURATOM-Bewertung ernannt wurde. Zuvor war sie im französischen Ministerium für Wirtschaft, Finanzen und Industrie in der Generaldirektion für Energie und Rohstoffe und dort in der Unterabteilung Atomenergie tätig. Von LobbyControl auf ihre Rolle bei der Entstehung des Berichtes angesprochen, betonte Charpentier, sie habe lediglich die klassischen Aufgaben einer Sachbearbeiterin erfüllt. Der Bericht sei von Maldeikis unterzeichnet, er habe daher die volle Verantwortung für dessen Inhalt. Auf Nachfragen nach Details ihrer Mitarbeit am Bericht, dem Zeitpunkt ihres Wechsels nach Brüssel und ihrem beruflichen Lebenslauf war sie zu keiner Antwort bereit. Das Büro von Herrn Maldeikis erklärte, die Sachbearbeiterin habe eine wichtige Rolle und sei in enger Zusammenarbeit mit dem Abgeordneten an der Erarbeitung der Entwürfe beteiligt.

Der Wechsel von Hélène Charpentier von der Atomenergie-Abteilung des französischen Wirtschaftsministeriums nach Brüssel mag durch Zufall zeitlich mit dem Beginn der Arbeit am EURATOM-Bericht zusammen fallen. Deutlich wird an dieser Stelle auf jeden Fall, dass hiermit die französische Position zu Atomkraft – in Frankreich kommt über 70 % des Stroms aus AKWs – einen besonderen Zugang zum Entwurf des Berichtes hatte.

- Unter den Änderungsanträgen, die im ITRE abgestimmt wurden, gibt es eine Anzahl von wortgleichen Anträgen¹⁵. Zumeist stammen sie von den Konservativen Dominique Vlasto und Alejo Vidal-Quadras (gemeinsamer Antrag) und Nicole Fontaine. Stellenweise gleichen sich zudem die Anträge von Nicole Fontaine und der Liberalen Anne Laperrouze – also unterschiedlichen Parteien angehörender MEPs – aufs Wort. Nach Informationen von LobbyControl handelt es sich dabei u.a. um Textvorschläge der französischen Regierung und verschiedener französischer und europäischer Forschungsinstitute. Die Quelle war aber nicht bereit, die Namen der Institute zu nennen. Es lässt sich insofern nicht nachvollziehen, wie stark die Institute mit der Atomwirtschaft und ihren Lobby-Organisationen verbunden sind.

Das Vorgehen, von Dritten verfasste Änderungsanträge unverändert einzureichen, mag im Europaparlament nicht ungewöhnlich sein. Das ändert jedoch nichts daran, dass es hier an Transparenz mangelt. Wenn Texte von außen in den parlamentarischen Abstimmungsprozess eingebracht werden, sollte auch für alle anderen Parlamentarier und für die Öffentlichkeit erkennbar sein, woher die vorgeschlagenen Änderungen kommen. Dies ist hier nicht der Fall.

- Ein Änderungsantrag der Sozialdemokraten Mechthild Rothe und Hannes Swoboda, der die Streichung des Halbsatzes „...dass [...] die Lebensdauer von Atomkraftwerken verlängert werden muss“ (No. 139, Ziffer 30) verlangte, war in der ITRE-Abstimmung angenommen worden. Weil bei der Abstimmung ein Formfehler vorlag, tauchte diese Änderung letztlich nicht im Bericht, über den das Plenum abzustimmen hatte, auf. Über den Formfehler und die daraus resultierende Nicht-Übernahme der Änderung in die Endfassung waren die Abgeordneten jedoch nicht informiert worden. Erst als aufgefallen war, dass der Satz in der ans Plenum verteilten Endfassung noch enthalten war, teilte Hélène Charpentier als Zuständige im ITRE Sekretariat auf Nachfrage mit, warum es zur Beibehaltung der ursprünglichen Formulierung gekommen war.

Atomlobby und MEPs in der Vergangenheit: gute Zusammenarbeit

Eine enge Zusammenarbeit von Atomlobbyisten und Atombef  rwortern unter den MEPs gab es in der Vergangenheit verschiedentlich. So gelang es FORATOM im November 2005, eine ausreichende Zahl von Parlamentariern zu überzeugen, einen Änderungsantrag im Plenum abzulehnen, der zuvor im Umweltausschuss (ENVI) bereits angenommen worden war. Die Änderung beinhaltete, dass eine Reduktion der globalen Emissionen nicht zu anderen Risiken führen dürfte und dass die Kyoto-Mechanismen (CDM/JI) Atomkraft weiterhin

¹⁵http://www.futureofeuropa.parlament.gv.at/meetdocs/2004_2009/documents/am/655/655867/655867de.pdf

ausschließen sollten. Die European Nuclear Society (ENS), der Verbund der nationalen Nukleargesellschaften aus 25 Ländern (aus Deutschland: Kerntechnische Gesellschaft), mit der sich FORATOM ein Sekretariat teilt, berichtet auf seiner webseite ausführlich über die erfolgreichen Lobbybemühungen von FORATOM¹⁶: „FORATOM’s Secretariat has been working to remove the anti-nuclear reference. [...] Over the past two weeks, FORATOM’s Secretariat successfully obtained the 32 MEP signatures needed to table an amendment at the upcoming November Plenary Session. In fact, it secured over 50 MEP signatures during a two-day visit to Strasbourg for the Parliament’s October Plenary Session – with the lobbying support of some Brussels-based nuclear representatives.“ Mit diesen Unterschriften konnte Alejo Vidal-Quadras einen erneuten Änderungsantrag ins Plenum einbringen, der die atomkritischen Sätze wieder entfernen sollte. Dies war, so die ENS, der leichtere Teil. Der schwerere stand FORATOM noch bevor, als der ENS-Artikel geschrieben wurde. So heißt es weiter: „The more difficult part, however, is getting a majority of the 732 MEPs to support the amendment during the vote. [...] FORATOM’s Secretariat will continue to urge MEPs to support this amendment by, for example urging them to speak to their colleagues, right up until the vote takes place in November. The Secretariat will also help to organize meetings with key MEPs to discuss the matter further. Whatever the outcome, everything possible will have been done to get the amendment accepted.“ Die Mühe wurde belohnt: Der von Vidal-Quadras eingebrachte Änderungsantrag wurde am 16. November vom Plenum gebilligt. Dass die Unterschriften für den Änderungsantrag von FORATOM gesammelt worden waren, hielt der spanische Konservative nicht für problematisch. CEO erhielt auf ihre diesbezügliche Nachfrage die Antwort: “It is easier for us to have the helping hand of the lobby presenting the issue to give us feedback on the multiple meetings they have with other MEPs if they agree to cosign the amendments. It is usually the assistants of MEPS who try to collect the signatures of the MEPs who wish to cosign the amendments but they always appreciate if someone can give them a hand at it – considering that the deadlines we deal with are extremely tight.”¹⁷

Fazit: Starke Stellung der Atomlobby in Brüssel – schwache Transparenz

Das Europäische Parlament hat am 9.5.2007 mit dem Bericht „Bewertung von EURATOM – 50 Jahre europäische Kernenergiepolitik“ ein Loblied auf einen der Gründungsverträge der Europäischen Union verabschiedet, der der Atomwirtschaft in der EU eine privilegierte Rolle einräumt. Obwohl in 12 der derzeit 27 Mitgliedsstaaten¹⁸ gar keine AKWs betrieben werden und in vier weiteren Atom-

¹⁶ ENS: "Winning the battle against global climate change", <http://www.euronuclear.org/e-news/e-news-10/winning-the-battle.htm>

¹⁷ CEO: Nuclear Power Grab?: www.corporateeurope.org/docs/NuclearPowerGrab.pdf

¹⁸ Dänemark, Estland, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Luxemburg, Malte, Österreich, Polen, Portugal, Zypern.

ausstiegsbeschlüsse gelten¹⁹, hat die Atomenergie in Brüssel einen guten Stand und bekommt durch die aktuelle Klimadebatte neuen Aufwind.

Der vorliegende Bericht zeigt, dass es in Brüssel ein kontinuierlich aktives und breit angelegtes Pro-Atom-Netzwerk gibt. Ihre enormen finanziellen Ressourcen ermöglichen es der Atomwirtschaft, eine kontinuierliche Lobbyarbeit zu garantieren, die nicht nur auf aktuelle Entwicklungen reagiert, sondern selber aktiv für eine atomfreundliche Gesinnung der Entscheidungsträger in Brüssel agiert. Die Mitglieder des Europäischen Parlamentes sind dabei die am leichtesten zugängliche Zielgruppe. Sicherlich ändert ein MEP seine Meinung nicht nur auf Grund einer all-inclusive Ausflugsfahrt zur Besichtigung von Atomanlagen oder einer großzügig angelegten Dinner-Debatte, wie sie vom European Energy Forum - gesponsert von Energiefirmen - veranstaltet werden. Dennoch sind dies Instrumente der politischen Landschaftspflege, die Unternehmenslobbys einsetzen, um für gute Stimmung zu sorgen, Kontakte herzustellen und die gewünschten Informationen zu platzieren.

Ähnliches gilt für die aktive Begleitung und Beeinflussung von Parlamentsentscheidungen – vom Entwurf über den Änderungsantrag bis zur Abstimmung. Hier herrscht ein eklatantes Machtungleichgewicht zu Gunsten der Atomwirtschaft, da es atomkritischen zivilgesellschaftlichen Akteuren nicht möglich ist, die Prozesse in auch nur annähernd ähnlicher Intensität zu begleiten und zu beeinflussen. Mangelnde Transparenzregeln und hohe Hürden der Informationsbeschaffung, wie sie auch in diesem Bericht etwa an der fehlenden Offenlegung der Finanzierung des European Energy Forums deutlich werden, verschärfen das herrschende Demokratiedefizit zusätzlich.

Verpflichtende Transparenzregeln – etwa ein verpflichtendes Lobbyistenregister, das offenbart, wer mit wie viel Geld und in wessen Namen zu welchem Anliegen Lobbyarbeit betreibt, sowie ein extern kontrollierter Verhaltenskodex für Lobbyisten - beseitigen nicht das strukturelle Machtungleichgewicht. Sie sind jedoch ein erster, dringend notwendiger Schritt, um Lobbying in der EU transparent und damit der öffentlichen Kontrolle und Kritik zugänglich zu machen.

LobbyControl setzt sich dafür im Rahmen der Alliance for Lobby Transparency and Ethics Regulation (ALTER-EU, www.alter-eu.org) ein. Die EU-Kommission will 2008 ein freiwilliges Lobbyistenregister einführen, in dem Lobbyisten auch ihre Kunden und Finanzquellen offen legen sollen. Aus Sicht von LobbyControl wird ein freiwilliges Register nicht ausreichen. Das Beispiel EEF zeigt gerade, dass es keine Bereitschaft von Lobby-Organisationen gibt, ihre Finanzierung freiwillig offenzulegen.

¹⁹ Belgien, Deutschland, Niederlande, Schweden.